

29. TAGUNG

Straßburg, 20.-22. Oktober 2015

Abbau von Hürden der Jugendpartizipation: eine Lingua franca für Gemeinden und Regionen und junge Menschen

Entschließung 386 (2015)¹

1. Es besteht ein offensichtliches Paradoxon im Hinblick auf die Jugendpartizipation: Obwohl die politischen Institutionen einen größeren Schwerpunkt auf deren Förderung legen, scheinen junge Menschen die angebotenen Möglichkeiten abzulehnen, wie die abnehmende Wahlbeteiligung und die neusten Bewegungen es nahe legen.
2. Das Misstrauen junger Menschen in die Politik könnte die europäische Demokratie bedrohen, die in gewissem Umfang durch eine Schwächung der Legitimität seiner Institutionen und Politik bei jungen Menschen unterminiert wird. Für sie kann diese Legitimität nur wieder gewonnen werden, wenn ihre Stimme gehört und ihre Partizipation an Entscheidungsprozessen sichergestellt wird.
3. Die Ablehnung der Politik durch junge Menschen kann als Symbol einer Gesellschaft betrachtet werden, die sie ihrer Meinung nach betrogen und entfremdet hat – sie wurden von der Krise am härtesten getroffen, sie sind einer hohen Arbeitslosigkeit ausgesetzt und sie erleben einen schwierigen Übergang ins Erwachsenenalter. Die Partizipation ist für die Entwicklung eines Verantwortungsgefühls für die Gemeinschaft seitens der jungen Menschen unerlässlich, da sie dazu beiträgt, demokratische Bürgerkompetenzen zu erwerben und, was noch wichtiger ist, sie ermächtigt, aktiv die Kontrolle über ihr Leben und ihre Gemeinden zu übernehmen. Daher sind sie motiviert, ihre Bedürfnisse durch neue Praktiken der bürgerlichen Beteiligung auszudrücken, obwohl diese manchmal als antipolitisch oder apolitisch wahrgenommen werden.
4. Leider häufen sich, wenn es um eine (erneute) Etablierung eines Dialogs zwischen jungen Menschen und politischen Institutionen geht, die Missverständnisse und Probleme in der Kommunikation. Die beiden Seiten sprechen unterschiedliche Sprachen: junge Menschen haben eine neue „Sprache der Bürgerschaft“ etabliert, wohingegen die Behörden immer noch den Wahlgang als einzig relevantes Instrument der politischen Tätigkeit und Konsultation zu betrachten scheinen. Darüber hinaus neigen die Behörden dazu, „Jugend“ als einen Übergang hin zu Kontrollgewinn und Eigenständigkeit zu begreifen; die Politik zielt darauf ab, junge Menschen durch ihren Übergang zum Erwachsenenalter zu leiten, wodurch sie eine untergeordnete Stellung erhalten, und sie werden von ihnen als etwas „Unfertiges“ wahrgenommen, anstatt als vollgültige Bürger.
5. Junge Menschen werden immer stärker durch konkrete Themen mobilisiert, die enger mit ihrem (persönlichem) Interesse an einem bestimmten Thema verbunden sind, als mit einem generellen Interesse an Politik und täglichen Erfahrungen. Sie entscheiden sich für eine Mitwirkung an kollektiven Formen der bürgerlichen und politischen Aktion, die weniger formal sind und als weniger bindend und „etikettierend“ wahrgenommen werden als politische Parteien; sie bevorzugen kleine, grundlegende Änderungen durch ihre täglichen Interaktionen. Junge Menschen engagieren sich immer stärker in zivilen Vereinen, karitativen

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 20. Oktober 2015, 1. Sitzung (Siehe Dokument [CG/2015\(29\)7FINAL](#), Begründungstext), Berichterstatter: Malcolm BYRNE, Irland (R, ILDG).

Verbänden, NRO und freiwilligen Aktivitäten. Des Weiteren haben Internet- und Kommunikationstechnologien (ITK) das partizipative Verhalten und das politische Handeln der Jugend drastisch verändert; traditionelle Handlungen wurden aktualisiert, z. B. werden E-Mails an Politiker gesendet, oder neue angeboten, z. B. Proteste in Form einer E-Mail-Bombardierung. Die Gemeinden und Regionen sollten Strategien fördern, die dazu beitragen, diese neuen Partizipationshandlungen mit den konventionellen Methoden zu verbinden.

6. Aufgrund ihres Handlungsumfangs und der eingesetzten Instrumente sind jedoch viele Praktiken kaum sichtbar oder werden als Unhöflichkeit wahrgenommen, mit der Folge, dass junge Menschen nicht nur nicht gehört, sondern auch falsch beurteilt werden. Darüber hinaus trägt der Verzicht der Jugend, sich in institutionelle Orte der Politik einzubringen, zu einem gefährlichen Teufelskreis der Selbst-Marginalisierung bei: wenn junge Menschen nicht wählen gehen, keiner politischen Partei oder Gewerkschaft beitreten, werden ihre Standpunkte von der Politik und den Politikern als weniger politisch relevant wahrgenommen.

7. Die Sprache der Gemeinden und Regionen für die Jugendpartizipation kann als zu eng gefasst beschrieben werden. Die Behörden neigen dazu, junge Menschen als homogene Gruppe wahrzunehmen, wobei Teenager und 30-jährige in einen Topf geworfen werden. Sie berücksichtigen nicht in gebührender Weise die Unterschiede der sozioökonomischen Herkunft und andere Formen der sozialen Benachteiligung. Des Weiteren sind ihre Instrumente der Partizipation auf das Wählen, die Wahlkandidatur oder die öffentliche Konsultation beschränkt.

8. Städtische und regionale Jugendbeiräte sind wertvolle Instrumente der Jugendkonsultation, jedoch bieten manche den jungen Menschen keine Gelegenheit, sich in bedeutsamer Weise an Entscheidungsverfahren und der politischen Gestaltung zu beteiligen. Es wäre sinnvoll, die Merkmale, Befugnisse und Aktivitäten der städtischen und regionalen Jugendbeiräte zu analysieren, um zu prüfen, wie diese für eine Förderung einer echten Jugendpartizipation bei Entscheidungsverfahren und bei der Politikgestaltung eingesetzt werden können.

9. Schließlich neigen die Gemeinden und Regionen dazu, die Jugendpartizipation auf Themen zu beschränken, die „junge Menschen unmittelbar betreffen“ und die „großen Themen“ den „Erwachsenen“ vorzubehalten, in der Annahme, junge Menschen seien nicht an Wirtschaft, Umweltfragen, Gesundheits- und Bildungspolitik, etc., interessiert.

10. Der Kongress begrüßt die Einrichtung seiner ad-hoc-Gruppe über die Partizipation junger Menschen und erwartet deren Schlussfolgerungen, wie der Kongress einen strukturierten Dialog mit jungen Menschen in ganz Europa und deren Partizipation an seiner Arbeit fördern kann.

11. Der Kongress bestätigt erneut seine Absicht, die fruchtbare Kooperation seines Sekretariats mit der Generaldirektion Demokratie des Europarats, insbesondere der Jugendabteilung, zur Förderung der Jugendpartizipation fortzuführen, und schlägt die Ausrichtung einer gemeinsamen Konferenz über Jugendpartizipation vor, um den Dialog zwischen seinen Mitgliedern und jungen Menschen zu fördern.

12. In Anbetracht des Vorstehenden, und um optimale Bedingungen für das Erreichen einer bedeutsamen Partizipation junger Menschen zu schaffen, fordert der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, seine Empfehlungen, die in [Entschließung 346\(2012\)](#), [Entschließung 319\(2010\)](#) und [Entschließung 259\(2008\)](#)² enthalten sind, umzusetzen, insbesondere:

a. die revidierte [Europäische Charta über die Teilhabe junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen](#) in allen Aspekten ihrer Jugendpolitik zu berücksichtigen;

b. in Zusammenarbeit mit jungen Menschen in einem offenen und transparenten Verfahren und innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens eine Plattform für einen strukturierten Dialog zu schaffen, z. B. durch Einrichten gemeinsamer Entscheidungs- und politischer Gremien;

c. an den Schulen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, bei jungen Menschen bessere Kenntnisse über demokratische Praktiken zu fördern, u.a. durch die Einführung einer Bürger-, Menschenrechts- und

² Entschließung 346 (2012) über Jugend und Demokratie: der Wandel des politischen Engagements der Jugend; Entschließung 319 (2010) über die Integration junger Menschen aus benachteiligten Nachbarschaften, Entschließung 259 (2008) über die Integration und Partizipation junger Menschen auf kommunaler und regionaler Ebene.

Demokratieerziehung, einschließlich der Frage, wie politische Systeme funktionieren, und die den Schülern die Gelegenheit gibt, Demokratie durch Einrichten gemeinsamer Schulbeiräte zu üben, die im Hinblick auf die Leitung der Schule konsultiert werden;

d. Debatten zwischen kommunal und regional gewählten Amtsträgern und Kindern und Jugendlichen durchzuführen, um die Verbindung zwischen ihnen zu stärken und Missverständnisse abzubauen;

e. gemeinsame Trainingsangebote für gewählte Amtsträger, kommunale/regionale Mitarbeiter der Exekutive und junge Menschen zu organisieren, um Missverständnisse auszuräumen und um eine partizipationsfreundliche Gemeindegkultur zu fördern;

f. sich in einem Dialog und eine Konsultation mit jungen Menschen aus benachteiligten Gebieten einzubringen.

13. Der Kongress wiederholt seine Einladung aus Entschließung 346(2012) an die nationalen Delegationen, einige gewählte junge Vertreter als volle und stellvertretende Mitglieder aufzunehmen.

14. Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit auch auf seine [Entschließung 207\(2006\)](#) über junge Menschen und neue Informations- und Kommunikationstechnologien: eine neue Chance für die kommunale Demokratie, wobei er sowohl die Gemeinden als auch die Regionen auffordert, diese umzusetzen. Darüber hinaus und in Anbetracht der begrenzten Partizipationsinstrumente, die von den Gemeinden und Regionen angeboten werden, fordert der Kongress Letztere auf, Kurse in IKT für ihre gewählten Amtsträger und Mitarbeiter anzubieten, um die Nutzung dieser Instrumente, die bei jungen Menschen beliebt sind, auszubauen.

15. Der Kongress fordert, mit dem Ziel die Verbindung zwischen jungen Bürgern und den politischen Stellen zu stärken, die Gemeinden und/oder Regionen auf, die Methodologien und Instrumente, die in der Kongress-Entschließung 394(2015) über elektronische Medien: Grundlegende Veränderung für kommunale und regionale Politiker enthalten sind, einzusetzen, um junge Menschen zu mobilisieren und deren Teilnahme an Entscheidungsprozessen und Politikgestaltung zu erhöhen.

16. Im Fall der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis die Möglichkeit zu prüfen, das Wahlalter bei Regionalwahlen auf 16 Jahre zu senken.